

Wer die Wahl hat,...

Vorbei ist wieder die Zeit des ruhigen Bummels in Herford. Kaum ein Platz, an dem man nicht auf irgendwelche, mit dem gewinnenden Charme von Versicherungsangestellten versehene, grinsende ParteivertreterInnen trifft. Luftballons, Kugelschreiber, Hochglanzbroschüren und manchmal auch Getränkestände sollen die BürgerInnen dazu verleiten, das Kreuz an die „richtige“ Stelle zu machen. Ein Kreuz sind auch die Wahlplakate, auf denen aufgemotzte KandidatInnen versuchen ihre Gesichtsausdrücke mit dümmlichsten Wahlparolen in Einklang zu bringen. Ja, die Parteien haben den/die BürgerIn wiederentdeckt. Jahrelang war der Wahlbürger eher störend – nun ist er wieder gefragt – zumindest bis zum Wahltag. Die Strategien der Parteien sind bei allen Wahlen gleich. Versprechungen machen und auf den Gedächtnisverlust der Bevölkerung setzen.

Darum noch einmal zur Erinnerung:

Die letzte Bundestagswahl im Jahre 2002 läutete den größten Sozialabbau in der Geschichte der Bundesrepublik ein. Schröder versprach seinerzeit die Zahl der Arbeitslosen auf 3,5 Millionen zu senken. Mit der Senkung der Arbeitskosten, sprich Löhne, („Arbeit muss billiger werden“) sollte das erreicht werden. Was folgte waren Agenda 2010 und die Hartz-Gesetze.



Eine große Koalition aus SPD/CDU/CSU/FDP/Grünen beschloss die faktische Kürzung des Renten- und des Arbeitslosengeldanspruches, die Einschränkung der Krankenkassenleistungen, die Zusammenlegung der Sozial- mit der Arbeitslosenhilfe auf Sozialhilfeniveau, verbunden mit der Verpflichtung 1,50 Euro-Jobs anzunehmen...

Ergebnis der Kürzungs- und Umverteilungsbeschlüsse:

Die Managergehälter, Gewinne und Aktienkurse stiegen, die soziale Absicherung, die Entlohnung und die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten verschlechterten sich und die Zahl der Erwerbslosen und Ausbildungsplatzsuchenden erhöhte sich immer weiter. Außer Speen also nix gewesen. Die meisten BürgerInnen haben also ihr Wahlkreuz bei der letzten Bundestagswahl mit der Verschlechterung ihrer Lebenslage bezahlt. Von den vollmundigen Wahlversprechungen der Parteien blieben nur die Pensionsansprüche der gewählten PolitikerInnen.

Auf ein „Neues“...

„Vertrauen in Deutschland!“ (SPD), „Deutschlands Chancen nutzen!“ (CDU), Deutschland wechselt – wechseln sie mit“ (FDP), so lauten die geistreichen Parolen der großen Parteien. Ähnlichkeiten gibt es nicht nur da. SPD/CDU/CSU/FDP/Grünen fordern uni-

enough is enough

sono die Fortsetzung des so genannten Reformprozesses, sprich der Umverteilung von unten nach oben. Die Lohnnebenkosten (Sozialversicherungsleistungen) sollen, ebenso wie die Steuern für die Reichen und Unternehmen, weiter abgesenkt werden. Im Gegenzug kündigt die CDU/CSU, als besonderes Bonbon, die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 16 auf 18 % an. Damit soll wohl die Senkung des Spitzensteuersatzes und der Unternehmenssteuern finanziert werden. Die CDU/CSU/FDP fordert insbesondere den Abbau von Arbeitnehmerrechten und tariflichen Regelungen.

Wahltheater aller Orten:

Die SPD und die Grünen entdecken urplötzlich, dass sie ja links sind. Nach jahrelangem „Arbeit muss billiger werden“ fordert die SPD nun Löhnerhöhungen und entdeckt gar die Kapitalismuskritik. Worte und Taten waren bei Parteien schon immer vollkommen verschiedene Paar Schuhe. Bevor wir es vergessen – es gibt ja noch die Lafontaine-Gysi-Partei, die mit Brachialgewalt ins Parlament will. PDS'ler, Gewerkschafter und Ex-SPD'ler haben sich mit dem Leitziel, Bundestagsmandate zu erringen, zusammengeschlossen. Dabei ist den Beteiligten die Rolle der PDS senat ebenso egal, wie Lafontungs- u. A. die Verlängerung der tag- und Sonntagsarbeit und fordert. Über den „konsequenzen“ gegen den Sozialabbau wollen wir an dieser Stelle gar nicht reden.

...hat keine Wahl!

„Nach den Wahlen kommt das Schüttelreim so wahr wie heu- der Regel schneller Makulatur nommen. Dafür muss das Wahlgründung für die Regierung- Diese Legitimation werden wir

Darum sind wir für aktiven Wahlboykott. Soll heißen: Hingehen und ein großes Kreuz machen – Ungültigtaste betätigen. Falls jemand partout was besseres am Wahltag vor hat, ist das auch nicht schlimm.

Die einzige Möglichkeit der Umverteilungspolitik der Herrschenden entgegenzuwirken sind Protestaktionen auf der Straße und Streiks. Letztendlich kann nur eine gerechte Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums und der Arbeit Besserung bringen. Alles andere ist Augenwischerei!



Kurz notiert

Nach einer Studie der europäischen Statistikbehörde Eurostat liegt die Steuerlast in der BRD für Unternehmenseinkommen und Vermögen an zweitniedrigster Stelle in Europa.

Die Steuerreform 2000 bescherte den Konzernen zwei riesige Geschenke. Zum einen durften sie nun Tochterfirmen oder Firmenbeteiligungen verkaufen, ohne für die daraus resultierenden Gewinne Steuern zahlen zu müssen. Zum anderen konnten die Konzerne nun Gewinne aus Deutschland mit Kosten aus dem Ausland verrechnen.

So z.B. Kosten für die Verlagerung von Fabriken bzw. Arbeitsplätzen. Beides kostete die Öffentlichkeit viele Milliarden Euro.

Höhen und Tiefen

Von 1960 bis 2000 sank der Anteil der Steuern auf Gewinn- und Vermögenssteuer von 20 auf 6,7 %. Der Anteil der Steuern auf Löhne und Gehälter stieg von 6,3 auf 19,4 %.

Marionetten

Von 601 Bundestagsabgeordneten beziehen 370 Nebeneinkünfte. Dass, das aus reiner Nächstenliebe geschieht, glaubt kein Mensch.

Abzocker

Die Gewinne der 30 größten Unternehmen sind 2004 um 30 Prozent gestiegen.

Schiefelage

Die Managergehälter stiegen bei den 30 größten deutschen Unternehmen im Jahr 2004 um 18,5 Prozent. Der Chef der Deutschen Bank erhält jährlich 11,1 Millionen Euro. Das entspricht der Summe des Bruttolohns (2000 Euro) von 460 Durchschnittsverdienern.

Realität

Der Kostenanteil an einer Packung „Aspirin Direkt Kautabletten“ beträgt 0,2 % des Verkaufspreises. Adalat - ein Herz - Kreislaufmittel von Bayer : 1,1 % Kostenanteil; Celebrex - ein Rheumamittel von Pfizer: 2,1 % Kostenanteil
Die Kosten für die Herstellung von Medikamenten sind so niedrig, dass sie bei der Preiskalkulation bedeutungslos sind.

